

PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Sozialstaat braucht mehr als höhere Geburten- und Zuwanderungszahlen

Geburten und Zuwanderung gelten als wesentliche Stellschrauben, um der demografischen Alterung entgegenzuwirken. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt jedoch, dass selbst deutlich höhere Zuwanderungs- und Geburtenzahlen die bevorstehenden Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme allein kaum beeinflussen können. Nur mit einem Maßnahmen-Mix lassen sich negative Effekte abfedern.

Gütersloh, 14. März 2019. In den nächsten 20 Jahren wird die Bevölkerung in Deutschland stark altern. Unabhängig davon, ob die demografischen Trends der letzten 40 Jahre anhalten oder sich Geburten- und Zuwanderungszahlen deutlich erhöhen, steigen die Ausgaben der sozialen Sicherung dadurch bis 2045 von derzeit 890 Milliarden Euro auf etwa 1,6 Billionen Euro (in Preisen von 2017). Auch danach ist keine Entspannung in Sicht. Um das zu finanzieren, würden nach derzeitigem Rechtsstand die jüngeren Generationen immer stärker belastet: Für die im Jahr 2010 Geborenen steigen die durchschnittlichen Beitragssätze auf über 50 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen. Das sind die Ergebnisse einer Studie, die Martin Werding und Benjamin Läßle von der Universität Bochum im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt haben. Ziel der Studie ist es, anhand zahlreicher Langfrist-Simulationen zu untersuchen, ob mehr Geburten und Zuwanderung den seit langem absehbaren demografischen Alterungsprozess in Deutschland überhaupt noch deutlich abmildern oder sogar aufhalten können, und welche Effekte ein Maßnahmen-Mix wann entfalten könnte.

Zuwanderung und Geburten halten die Alterung kaum auf

Während aktuell auf 100 Personen zwischen 15 und 64 Jahren etwa 33 Personen über 65 Jahre kommen, werden es 2035 etwa 50 Ältere sein. Selbst wenn die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ab dem nächsten Jahr auf 2,0 steigen und sich bis 2040 weiter auf 2,2 erhöhen würde, hätte das auf den starken Alterungsprozess bis 2035 keinen Einfluss. Denn mehr Geburten wirken erst dann positiv auf die demografische Alterslast, wenn die zusätzlich geborenen Kinder ihr 15. Lebensjahr vollendet haben und erwerbsfähig sind.

Durch steigende Zuwanderungszahlen wiederum lässt sich der Alterungsprozess zwar zunächst abdämpfen. Langfristig altern jedoch auch die Zuwanderer oder wandern wieder ab. Bleiben die Wanderungssalden nicht dauerhaft hoch, verschärft sich der Alterungsprozess langfristig sogar noch.

Jüngere Generationen werden immer stärker belastet

Besorgniserregend ist den Autoren zufolge, dass selbst unter der weniger realistischen Variante mit hoher Geburtenrate und hoher Immigration die Ausgaben in der sozialen Sicherung substanziell steigen werden. Sie klettern bis 2045 von insgesamt gut 27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2017 (rund 890 Milliarden Euro) auf rund 33 Prozent (rund 1,6 Billionen Euro), mit anschließend weiter steigender Tendenz. Auch daran ändern mehr Geburten kaum etwas.

Grund hierfür ist, dass sie unmittelbar die Ausgaben für Bildung und Familie erhöhen, während sie die Belastung durch Ausgaben für ältere Personen erst längerfristig dämpfen. Unter

diesen Bedingungen müsste ein im Jahr 2010 geborener Durchschnittsverdiener im Vergleich zu einem 1970 Geborenen mit identischem Brutto-Lebenseinkommen im Verlauf seines Erwerbslebens insgesamt etwa 171.000 Euro mehr Sozialbeiträge zahlen, um die gleichen Leistungen zu beziehen. Die gesamten Sozialbeiträge eines Erwerbslebens würden damit von durchschnittlich rund 570.000 Euro (Jahrgang 1970) auf 741.000 Euro (Jahrgang 2010) steigen. „Wenn wir aus so stark steigenden Sozialbeiträgen keine Konsequenzen ziehen, droht ein massiver Verteilungskonflikt zwischen Jung und Alt“, so Martina Lizarazo López, Demografieexpertin der Bertelsmann Stiftung, über die Studienergebnisse.

Nicht Einzelmaßnahmen, sondern zeitlich abgestimmter Maßnahmen-Mix nötig

Die projizierten Folgen sind jedoch nicht vollkommen unausweichlich. Unsere Szenarien zeigen: Wenn ein moderater Anstieg von Geburten und Zuwanderung mit einem höheren Beschäftigungsniveau kombiniert wird, lassen sich sowohl kurz- als auch langfristig positive Effekte für die Sozialfinanzen erzielen. „Mögliche Instrumente sind eine schnellere Erwerbsintegration von Zuwanderern, ein Anstieg der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens bei Frauen und Migranten sowie eine Erhöhung der Regelaltersgrenze, die sich an der steigenden Lebenserwartung orientiert“, so Martina Lizarazo López. Gefordert seien deshalb unterschiedliche Politikfelder wie etwa Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Auch wenn Änderungen des Erwerbsverhaltens teilweise den Charakter einer reinen Lastverschiebung haben, weil höhere Ansprüche erworben werden und dadurch künftig die Rentenausgaben steigen, überwiegen den Autoren zufolge aber bei weitem die günstigen Effekte: Der Anstieg der Sozialausgaben kann dadurch bis 2045 um drei Prozentpunkte, bis 2060 sogar um fast 5 Prozentpunkte gesenkt werden. Die Effekte für die Beitragssätze sind sogar noch etwas stärker.

Hintergrundinformationen

In der Studie „Wie variabel ist der demografische Alterungsprozess? Effekte von Geburten und Zuwanderung – Folgen für die soziale Sicherung“ führen Martin Werding und Benjamin Läßle von der Ruhr-Universität Bochum Langfrist-Simulationen zur Bevölkerungsentwicklung und zu deren Folgen für das soziale Sicherungssystem mithilfe des *Social Insurance Model*, Version 2016 (SIM.16) durch. Die Grundlage bilden drei aus heutiger Sicht plausible Demografie-Szenarien sowie sechs extremere Varianten zu Geburten und Zuwanderung. Die Effekte der verschiedenen Demografie-Szenarien werden für die Finanzen der besonders Demografie-reagiblen Teilsysteme Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, Arbeitsmarkt und Grundsicherung sowie Bildung und Familie berechnet. Im Hintergrund stehen jeweils auch Szenarien zur Entwicklung von Arbeitskräften, Beschäftigung und gesamtwirtschaftlichem Wachstum. Den Entwicklungen von Ausgaben und Beitragssätzen in den einzelnen Sicherungszweigen liegt der Rechtsstand vom 30. Juni 2018 zugrunde. Um aufzuzeigen, wie verlässlich die Perspektive einer alternden Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren ist, und auch zu testen, welche Bandbreite möglicher Entwicklungen sich danach ergibt, reicht der Betrachtungszeitraum bis 2080.

Unsere Expertin:

**Martina Lizarazo López, Telefon: 0 52 41 81 81 576
E-Mail: martina.lizarazo.lopez@bertelsmann-stiftung.de**

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de